

Bürgerinformation zum Bürgerentscheid in Neu-Anspach



Stellungnahme der SPD-Fraktion

Frage 1: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Akteneinsichtsausschusses?

Der Verwaltung sind außer kleineren Verfahrensmängeln in Bezug auf den Vertrag keine Vorwürfe zu machen. Der Ausschuss sollte ursprünglich als Instrument der Windkraftgegner dienen, deren eigene Argumentationsschwäche zu verdecken- dieses Vorhaben ist gescheitert. Windkraftgegner wollen die Windkraftträder nicht vor ihrer Haustür sehen und versuchen mit falsche Sachdarstellungen und bewusster Panikmache die Bürger zu verschrecken. Die stets angeführten Risiken für die Stadt entbehren nach intensivem Studium der Akten einer sachlichen Grundlage. Die Verwaltung hätte die Bürger vor Vertragsschluss mit einbinden sollen

Frage 2: Welche Empfehlung geben Sie den Bürgerinnen und Bürger für den Bürgerentscheid?

Die SPD empfiehlt den Bürgern für eine Beibehaltung des Vertrages zu stimmen!

Die Gründe hierfür sind vielfältig:

Die Energiewende muss umgesetzt werden, damit die Kernenergie und andere fossilen Energieträger überwunden werden können.

Besser Energieanlagen vor Ort, als Stromtrassen quer durch die Republik.

Mit der Energie der geplanten Windkraftträder können sämtliche Haushalte in Neu-Anspach und sämtliche Gewerbetreibenden mit Energie versorgt werden. Neu-Anspach erhält garantierte 240.000 Euro Pachteinnahmen im Jahr. Hinzu kommen Gewerbesteuer sowie Anteile des Gewinns. Mit dem Geld können freiwillige Leistungen der Stadt erhalten werden. Im Stadtparlament bestehen konservative Mehrheiten, die im Falle einer Ablehnung des Vertrages Sparmaßnahmen beschließen, welche das bisherige soziale Engagement der Kommune reduzieren könnten. Die SPD hingegen identifiziert sich in hohem Maße mit dem sozialen Leben in der Stadt Neu-Anspach und kämpft dafür, dieses zu erhalten.

Frage 3: Wie soll nach dem Bürgerentscheid eine konstruktive Zusammenarbeit entstehen?

Die SPD ist grundsätzlich bereit, mit allen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Hierzu zählt grundsätzlich auch die b-now. Voraussetzung ist jedoch stets, dass eine Diskussion auf einer sachlichen Ebene geführt werden kann und das Gemeinwohl zum Ziel hat.